



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

142 (26.3.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184567](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184567)



# Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Frh. Soltenbaum, Verantwortlich für Politik: Dr. Frh. Soltenbaum, für Feuilleton: Hans Götter, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schönbauer, für Handel: Franz Meyer, für Anzeigen: Anton Gröber, Druck und Verlag: Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Hauptdruckerei in Mannheim, Druck-Abt.: General-Anzeiger Mannheim, Postfach-Konto Nr. 17596 Karlsruhe in Baden. — Fernspreches Amt Mannheim Nr. 7940-7946.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalt-Kostenzettel für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärts 60 Pf., Finanz-Anzeigen 60 Pf., Realitäten M 2 50 Anzeigenzettel: Mittagsblatt vormittags 3 Pf., Abendsblatt nachmittags 2 Pf., für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Auslagen wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.— mit Belegzeitung. Postbezugspreis: Viertel M. 6.42 einjährig. Zustellungsgebühr: Bei der Post abwärts M. 5.70. Einzel-Nr. 10 Pf.

## Nach Galizien in voller revolutionärer Bewegung.

Wien, 25. März. (WB.) Die russische Sowjetregierung verbreitet aus Moskau folgenden Funkspruch: Galizien befindet sich in voller revolutionärer Bewegung. Der Zustand brach zuerst in dem Petroleumgebiet Drohobycz aus, wo die Sowjets von den Arbeiterdeputierten gebildet wurden. Der Bewegung schlossen sich die Arbeiter der benachbarten Gruben von Kalusch an. Die Regierung verfügte die Auflösung der Sowjets und die Verhaftung der Rädelsführer, doch schlossen sich die Truppen den Aufständigen an. In vielen Orten organisierten die linken Sozialisten Versammlungen und forderten die ganze Macht für die Sowjets. Die Bewegung breitet sich auf die von den Polen besetzten Gebiete aus. In Lemberg proklamierte der gebildete Sowjet der Arbeiterdeputierten den Generalstreik. Im Bezirk Stanislaw erklärten sich die vom Kabinett abgeforderten Truppen als Mitkämpfer der Aufständigen, marschierten mit den Aufständigen auf Stanislaw und verhafteten Kolubowicz.

Die Aufständigen richteten an die Galizier, die sich unter den Direktionstruppen befinden, ein Ultimatum mit der Aufforderung, sofort nach Galizien heimzukehren und den Kampf gegen die Sowjetmacht einzustellen.

Militärisches Vorgehen der Alliierten in Ungarn.  
c. Von der Schweizer Grenze, 26. März. (Priv.-Tel.) Der „Temps“ meldet: Der Kammerausschuss billigte gestern mit allen Stimmen die Erklärungen Pichons, die ein militärisches Eingreifen der Alliierten in Ungarn ankündigten. Für den Antrag stimmten auch die anwesenden Sozialisten.

Wirre Zustände in Budapest.  
Breg, 26. März. (Reuter.) Aus Budapest wird gemeldet, daß das Haupt der militärischen Mission, Oberst Bix, verwundet ist und sich in Gefangenschaft befindet. Major Freeman von der britischen Militärmission gelang es, aus Budapest zu entkommen. Einer nichtbestätigten Meldung zufolge soll Karolyi ermordet worden sein.

Die Lage im Osten.  
Nikolajeff und Schenon von den Bolschewisten befehligt.  
c. Von der Schweizer Grenze, 26. März. (Priv.-Tel.) Reuter meldet aus London: Die Bolschewisten haben die Städte Nikolajeff und Schenon widerstandlos befehligt. Die zurückgelassenen Garnisonstruppen lieferten alle Waffen an die Bolschewisten ab und verbrüderten sich mit ihnen.

Weigerung der Kosaken zum Kampf gegen die Bolschewisten.  
Wien, 26. März. (WB.) Funkspruch des Wiener Korrespondenten: Die ukrainischen roten Truppen im Gebiete von Schmerinka traten mit den Aufständischen im nördlichen Bessarabien in Verbindung.  
Nach einer Meldung aus Kofstow weigerten sich zwei Kosakenregimenter, die von Kuban nach dem Don abgefordert worden waren, gegen die Bolschewisten zu kämpfen.

Die Lage in der Ukraine.  
London, 25. März. (WB.) Reuter. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage über die Lage in der Ukraine sagte der Staatssekretär des Aussenwesens Harmsworth: Die gegenwärtige Lage ist zu unklar, um darüber eine bestimmte Erklärung abgeben zu können, doch ist berichtet worden, daß die Truppen Petljuras vor den Kräften der russischen bolschewistischen Regierung zurückgezogen wurden, die in gewissen Bezirken vorerückte sind. Für Odessa besteht keine unmittelbare Gefahr. Es ist nicht beabsichtigt, die Stadt zu räumen. Die alliierten Streitkräfte unterstehen der Kontrolle des französischen Oberkommandos, das angesichts der Lage die erforderlichen Maßnahmen ergreift.

Grodno unter polnischer Verwaltung. Pinst befehligt.  
Warschau, 25. März. (Havas.) Grodno ist nunmehr unter polnischer Verwaltung. Die Russenarmee wurde völlig niedergemacht. Pinst wurde von den Polen befehligt. Die Bolschewisten haben große Mengen Munition, Maschinengewehre, viel Material sowie eine Kasse des Bolschewistenkommissariats mit 1/2 Million Rubel zurückgelassen. In Pinst haben die polnischen Behörden eine gemischte Miliz aus Russen, Juden und Polen organisiert.

Die Entente und Polen.  
Paris, 25. März. (Havas.) Auf den Vorschlag Tardieu unterzeichnete Poincaré am Dienstag ein Dekret, wonach vom 1. April das Oberkommissariat in Warschau aufgehoben wird. Das Generalkommissariat für die französisch-amerikanischen Angelegenheiten wird in seinem gegenwärtigen Umfang bis zur Abreise der amerikanischen Gruppe bestehen bleiben.

## Ganz Ägypten im Aufbruch.

Eingeländnisse Churchills.  
London, 26. März. (WB.) Im Unterhause brachte die liberale Opposition mehrere Verbesserungsanträge zur Militärdienstbill ein. Churchill sagte, diese bezweckten, die Bill zu Fall zu bringen. Ferner erklärte Churchill: Angesichts der jetzigen Vorgänge in fast allen Ländern sei eine Armeestärke von 900 000 Mann nicht übertrieben. Erst vor drei Tagen habe sich in Ägypten eine Lage entwickelt, die eine große Gefahr in sich schließe und es nötig mache, die

Männer, die bereits zur Demobilisierung in den Häfen angeammelt worden seien, aufzufordern, zu ihren Truppenteilen zurückzukehren, damit ihre Kameraden nicht ermordet würden. Ganz Ägypten befindet sich im Zustande des Aufbruchs.

Dazu erinnert Churchill an die Vorgänge am Schwarzen Meere und in Ungarn und in anderen großen und kleinen Staaten, denen vom Völkerbund Schutz zugesichert würde. Deutschland habe einer Verminderung seiner Armee auf 100 000 Mann noch nicht zugestimmt. Wäre es wahrscheinlich, daß Deutschland zustimmen würde, wenn England im gegenwärtigen Augenblick sich aller seiner Streitkräfte beraube?

Churchill schließt mit den Worten: Wenn wir jetzt, ehe unsere Bedingungen gesichert sind, in dem Augenblicke, wo die Verhältnisse in Europa immer ernster und verwickelter werden, unsere Streitkräfte abrüsten würden, so würden wir mit beiden Händen die durch Opfer von Millionen unserer Männer während 4 Jahren errungenen Ergebnisse wegwerfen.

## Die Schwierigkeiten in England.

London, 26. März. (Reuter.) Aus dem amtlichen Bericht über die Verhandlungen vom 25. März zwischen den Bergarbeitern und der Regierung geht hervor, daß Bonar Law seitens der Regierung die Forderungen der Bergarbeiter auf einige Abänderungen der von der Untersuchungskommission gemachten Vorschläge zurückwies, für deren Annahme sich die Regierung verbündet hatte. Smillis, Führer der Grubenarbeiter, wiederholte die schon früher zur Unterstützung der Forderungen der Bergarbeiter vorgebrachten Argumente und sagte zum Schluß, daß die Regierung nichts so weit entgegengekommen sei, als sie es hätte tun können, stimmte aber zu, daß die Weiterarbeit der Untersuchungskommission vielleicht mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen könnte, um in der Grubenindustrie Frieden und Wohlfahrt zu schaffen.

## Die Friedenskonferenz.

Der Friedensvertrag bis Ostern abgeschlossen.

c. Von der Schweizer Grenze, 26. März. (Priv.-Tel.) Der Pariser „Temps“ meldet: Im Kammerausschuss erklärte Pichon, daß der Friedensvertrag bis Ostern abgeschlossen sein werde. Die Besprechungen mit den deutschen Delegierten beginnen am Montag. Die deutschen Hauptdelegierten werden zum 7. April in Versailles erwartet.

## Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Beziehungen am 1. Juni?

c. Von der Schweizer Grenze, 26. März. (Priv.-Tel.) Die „Times“ meldet aus New York: Im Senatsausschuss wurde die Rückkehr Wilsons für die zweite Woche angekündigt.  
Der Newyorker Sun berichtet, Wilson werde am 1. Juni die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufnehmen, um den Wiederaufbau Deutschlands zu unterstützen und die Alliierten zu gleichem Vorgehen zu ermutigen.

## Wichtige Besprechungen in Paris.

Paris, 26. März. (Havas.) Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando versammelten sich am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, im Kriegsministerium. Die Konferenz dauerte anderthalb Stunden.

## Abberufung des Generals Mangin

Paris, 25. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die französische Regierung hat die Absicht, den General Mangin, der bekanntlich zur Zeit die französischen Truppen in der Balkan besetzt, nach Paris zurückkommen zu lassen, wo er seinen Generalstab neu ordnen soll. Man erwartet auch die Berufung mehrerer anderer Generale nach Frankreich.

## Die deutschen militärischen Vertreter für die Friedenskonferenz.

Berlin, 26. März. (WB.) Wie wir erfahren, gehören der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensdelegation nachstehende Offiziere des Generalstabes, als dessen Beauftragte, an: General von Hammerstein, der bisherige militärische Vorsitzende der Waffenstillstandskommission in Spa, Major von Bock, zulezt erster Generalstabschef bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Oberstleutnant von Tyländer vom bairischen Generalstab, Major von Böttcher vom sächsischen Generalstab und der württembergische Hauptmann Gayer. Die Leitung der militärischen Vertretung übernimmt Generalmajor von Wrisen vom preußischen Kriegsministerium.

## Der Prozeß gegen den Mörder von Jaurès.

Paris, 25. März. (Havas.) Im Villainprozeß wird Dienstag Mittag mit den Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Auf Verlangen der Sozialisten vernimmt man Weill, den früheren Abgeordneten für Meil in Reichstag. Er sagte, Deutschland hat uns durch seine Kriegserklärung jeder Reserve entzogen. Der frühere Direktor der Humanität Renaudel legt die Haltung Jaures und der sozialistischen Partei vor dem Kriege dar. Er hob hervor, daß Jaures der einzige Mann gewesen sei, dessen Worte über die Grenzen Frankreichs hinausdringen konnten. Villain scheint gleichgültig gegenüber den Verhandlungen. Die Sitzung wird abgebrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen sagte d'Estourvelles-Konstant, daß die Ueberzeugungen Jaures weder auf Vergeltung noch auf Vergessen hinausliefen. Er erinnerte daran, daß Jaures für die französisch-englische Annäherung war. Der frühere Minister des

innig glaubt, daß Jaures eine beträchtliche Rolle in der nationalen Verteidigung gespielt hätte. Die Sitzung wird abgebrochen.

## Die Finanzen des Deutschen Reiches von 1914—18.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Der Nationalratsversammlung ist eine Denkschrift über die Finanzen des Deutschen Reiches in den Rechnungsjahren 1914—18 zugegangen. Es handelt sich um ein Rahmenwerk, welches als Beitrag zur Geschichte des Krieges dauernd Beachtung finden wird. Nach einer Darstellung der einzelnen Finanzjahre 1914—18 wird eine Zusammenfassung für die ganze Zeit gegeben, aus welcher hervorgeht, daß in den vier Jahren 1914—17 an Steuern insgesamt 10 808 Mill. aufgebracht wurden. Im Jahre 1918 betrug infolge einer Reihe neu eingeführter Steuern das gesamte Steueraufkommen 4 650 Mill., was gegenüber der Zeit vor dem Kriege ein Mehr von rund 3 600 Mill. bedeutet.  
Einen erschreckenden Einblick in die wirtschaftliche Verarmung, welche durch die Revolution verursacht wurde, erschließt die Angabe, daß der Wert des entbehrlich gewordenen Heeresgutes zur Zeit des Waffenstillstandes auf etwa acht Milliarden geschätzt wurde, während man heute infolge der Verschleuderung des Heeresgutes nur noch mit einer Gesamteinnahme von drei Milliarden rechnen kann.

Die Kosten der Entschädigungen der durch den Krieg heimgesuchten Gebiete des Deutschen Reiches können auf etwa 4,5 Milliarden berechnet werden. Für die Entschädigung der deutschen Neuberechtigten rechnet man mit einem Aufwand von 1,5 Milliarden. Für die Erhaltung der von den Bundesstaaten vorübergehend übernommenen Familienunterstützungen sind bereits Aufwendungen in der Gesamtschätzung von 1,62 Milliarden enthalten. Ueber diese Summe hinaus verbleibt dem Reich noch ein Rest von mindestens 5 Milliarden. Der Gesamtsteuerbedarf des Reichs, der Einkommen- und der Gemeindefiskal in Zukunft 19 gegen 5 Milliarden vor dem Kriege ausmachte.

## Kein neuer Generalstreik.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die kommunistische Partei hat reichlich nach Beendigung des letzten Generalstreiks unter der Groß-Berliner Arbeiterkraft lebhaft für einen erneuten Generalstreik gewirkt, der am heutigen 26. März beginnen sollte. Die Kation für diesen Streik war in einem Maße erfolgt, wie kaum je zuvor. Alle diese Bemühungen sind jedoch vergeblich geblieben. Es ist heute nirgends streikend worden und es fehlt auch an Anzeichen, daß die kommunistische Propaganda irgendwelche Erfolge gezeitigen werde. Die Arbeiterkraft scheint sich darüber klar geworden zu sein, welchen Wahnsinn diese politischen Streiks im Augenblick darstellen.

## Sachsen für die Reichseisenbahn.

m. Köln, 26. März. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Dresden: Die Regierung ist bereit, die sächsische Staatsbahn an das Reich abzutreten gegen eine entsprechende Entschädigung.

## Südwestdeutsche Schiffsahrtfragen.

Nach dem „Schwäbischen Merkur“ hielt in Oberürkheim der Vorstand des Südwestdeutschen Kanalvereins eine Vorstandssitzung ab. Darin entwickelte Senator Otto Eiben solches Bild vom jetzigen Stand der Vorarbeiten für die Kanalrealisierung. Diese sind durch die fortgeschrittene Arbeit des Kanalvereins einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen, und es kann mit dem Bau als Notstandsarbeit begonnen werden. Der Kanal müsse ein württembergisch-badisch-bessischer sein, die Pläne als baureif dem vorgelegt werden können. Bisher war bisher eine Einigung noch nicht zu erzielen. Mannheim hat sich in letzter Zeit sehr eigenentkennend gezeigt. In Württemberg ist man sich besonders darüber nicht im Klaren, ob der Kanal für 600- oder für 1200 Tonnenn gebaut werden soll. Der Kanalverein hält an dem 1200-Tonnen-Kanal fest und wird darin bestärkt durch die Erfahrung, die man anderwärts in dieser Hinsicht gemacht hat. Was der Kanal selbst betrifft, so hat sich der Verein einseitig für die erste Etappe Mannheim-Bochlingen und die zweite bis zur Donau. Die einzig wirkliche organische Lösung bleibt der Weg Bochlingen-Ulm. Bei Ausarbeitung der Pläne hat die Firma Grün u. Wiltinger in Mannheim gute Arbeit verrichtet und aus 33 Staustufen 19 gemacht.

## Rundgebung in Dortmund.

m. Köln, 26. März. (Priv.-Tel.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Dortmund: Die mehrere tausend Mann starke Belegschaft der Zeche „Derfflerd“ feierte am Montag und zog vor das Dortmunder Stadthaus, um für eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln eine Rundgebung zu veranstalten. Der Oberbürgermeister und die Stadtverordneten empfingen eine Abordnung und versicherten, die Stadtverwaltung tue alles Mögliche, um die Versorgung zu verbessern. Sie werde an geeigneter Stelle dringenden Antrag auf mehr Zuweisung stellen.

## Bürgerliche Mehrheit im Arbeiterrat Osnabrück.

m. Köln, 26. März. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Osnabrück: Die Wahlen zum Arbeiterrat ergaben eine bürgerliche Mehrheit.

## Die politische Lage in Bayern.

### Ein Aufruf des bayerischen Zentrums.

München, 26. März. (Priv.-Tel.) Die Bayerische Volkspartei (Zentrum) richtet unter der Ueberschrift „In letzter Stunde“ einen Aufruf an das gesamte bayerische Volk, der wie eine Kriegserklärung anmutet. Es heißt da: „Wir rufen das ganze bayerische Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben zum Schutze seiner mehr als tausendjährigen Freiheit und Selbstständigkeit, seiner geschichtlichen Ehre und Würde.“

Die Partei verlangt die sofortige Einberufung des Landtages, damit er in Bayerns Schicksalsstunde eingreifen soll. Ob mit solchen Aufrufen, die nicht Ruhe und Sachlichkeit beweisen, das Richtige erreicht wird, möchte man sehr bezweifeln.

Die Beratungen im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten werden heute fortgesetzt.

### Sachsen lehnt Sonderbesprechungen mit Bayern ab.

München, 26. März. (Priv.-Tel.) Der bayerische Ministerpräsident hat an den bairischen Ministerpräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem zunächst die neue bayerische Regierung begrüßt wird. Hiernach kommt der Ministerpräsident von Sachsen auf die vom bayerischen Zentralkomitee zurückgelassene Angelegenheit von Besprechungen zwischen Sachsen und Bayern in der Frage der Sozialisierung



zu sprechen und erklärt dann, daß die Geltung der schließlichen Regelung zur Sozialversicherungsfrage in einer Erklärung vom 20. März niedergelegt sei und daß im Sozialversicherungsvertrag die richtige Stelle sei, in der man sich über die Sozialversicherungsfrage äußern könne. Es wird jedoch nicht abgesehen, mit dem Zentralrat, sofern er nicht in Widerspruch zur domizilären Regierung handelt, unvereinbare Beschlüsse abzugeben. Als nächstehend können nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden.

Dieses Telegramm des Reichlichen Ministerpräsidenten läßt an Dringlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es wird auch dem Zentralrat vollständig genügen.

Baden.

Die Volksabstimmung am 6. April 1919.

× Karlsruhe, 26. März. In der badischen Nationalversammlung ist gestern der Beschlusstwurf über die Bezeichnung der ersten Volksabstimmung eingeleitet worden. Die Volksreferenda hat als Tag dieser Abstimmung den Sonntag, 6. April festgesetzt. Der Beschlusstwurf enthält ferner eine Bestimmung, wonach die Nationalversammlung als Landtag fortzuzugeln soll. Der badische Verfassungsausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Beschlusstwurf befassen. Im Prinzip hat er sich sowohl, wie die Nationalversammlung selbst für die Volksabstimmung ausgesprochen.

Gegen die weiddeutsche Republik.

× Heidelberg, 25. März. In einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung hat die Ortsgruppe Heidelbergs der deutsch-liberalen Volkspartei einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Bestrebungen zur Gründung einer weiddeutschen Republik mit der Forderung der Einsetzung des weiddeutschen, insbesondere des rheinisch-westfälischen Industriebezirks vom Reich als Hochverrat am Einheits- und Reichsgedanken auf das Schwerste verurteilt werden.

Podensfälle in Heidelberg.

× Heidelberg, 26. März. Zwei neue Podensfälle sind hier zu verzeichnen. In den Epidemiebaracken sind aus der ganzen Umgebung bis jetzt 42 Erkrankte eingeliefert worden. Die Sterblichkeit beträgt 16 v. H. Bei allen vorher Geimpften verläuft die Krankheit durchweg leicht. — Aus dem hiesigen Präsidium sind nach und nach Lebensmittel, Konserven und Zigarren im Gesamtwerte von über 7000 A verschwendet. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Auf dem hiesigen Güterbahnhof wurde gestern ein Waggon Lebensmittel beschlagnahmt, der in das Rheinland abgehoben werden sollte. Enthalten waren 22 Fässer Schnaps mit zusammen 1800 Liter, Schinken, Butter, Kartoffeln, Leder usw.

× Wiesloch, 26. März. Die Wörter und Wörterinnen der Heil- und Pflegeanstalt sind wegen Lohnforderungen in Streik getreten.

Preussische Landesversammlung.

Die Aussprache über das Regierungsprogramm.

× Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) In der preussischen Landesversammlung begann heute die Aussprache über das Regierungsprogramm, die zugleich die Debatte über den Rotenakt ist. Nachdem zunächst zu einer ganzen Reihe von Interpellationen (ins: förmliche Anfragen), von der Regierung die übliche Auskunft erteilt worden war, daß sie sich demnächst zu diesen Dingen äußern wolle, nahm als erster der Redner der Reichstagssozialdemokratie das Wort. Er führt den etwas verhängnisvollen Namen Hoole, gleich aber seinem unabhängigen Gegenstück wieder in Gestalt noch Art. Ein blondhaariger Gewerkschaftssekretär, der sich mit viel Eifer namentlich über das neugegründete Wirtschaftsministerium verbreitete. Auf der Ministerbank sah ein Mann Herr Hiesch. Auf der Rednertribüne neben Herr Borke, Nordost und schließlich auch der unermüdliche Herr Kurt Rosenfeld. Einmalen ließ es nicht aus, als ob die Aussprache sehr lebhaft Formen annehmen wolle. Interessant werden vor allem die Ausführungen des Zentrumsprechers sein, der ausstehendenarbeiten haben wird, daß das Zentrum seine grundsätzlichen Auffassungen in Kirchen- und Schulfragen nicht preisgegeben hat, als es in die Koalition mit Demokraten und Reichstagssozialisten eintrat.

Zur freien Einfuhr von Gemüse und Obst.

Durch Verordnung vom 14. Januar 1919 ist die Restriktion der Einfuhr für frisches Gemüse und frisches Obst zunächst für die Zeit vom 1. April bis 1. September aufzuheben worden. Die an die Grenze gelangenden Sendungen dieser Waren unterliegen nicht mehr dem Anbotzwang und dem Beschlagnahmestrecht durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst. Der Handel wird daher nun wieder die Möglichkeit haben, selbständig im Ausland frisches Gemüse und frisches Obst einzuführen und nach Deutschland einzuführen. Die finanzielle Lage des Reiches gestattet jedoch nicht, eine unbedingte und unkontrollierte Einfuhr mit Rücksicht auf die Verpfändungen, die daraus dem Ausland gegenüber erwachsen. Die nötige Kontrolle wird dadurch ausgeübt, daß nach wie vor zu jeder Einfuhr eine Einfuhrbewilligung und eine Einfuhrbescheinigung des Reichsbanddirektoriums erforderlich ist. Die Natur der hier frischen Waren, vor allen Dingen ihre leichte Verderblichkeit, dann aber auch der Umstand, daß die immerhin nur beschränkte zur Einfuhr zugelassene Menge nur im Zusammenhange mit der inländischen Gemüseversorgung einwandfrei verteilt werden kann, erfordert eine besonders einfache, rasche und sachverständige Behandlung der Einfuhranträge. Die ausländischen Stellen sind daher übereinstimmend, die Bestimmung der von der Reichsbandverwaltung bewilligten Einfuhrkontingente im Rahmen bestimmter von der Reichsstelle für Gemüse und Obst festzulegender Richtlinien dieser zu übertragen, bei der hierfür eine besondere Stelle eingerichtet wird. Diese wird sich hierbei der Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst bedienen und sie jeweils mit entsprechender Anweisung darüber versehen, welche Anträge im gegebenen Zeitpunkt berücksichtigt werden können. Alle Anträge sind daher seitens des Handels bei der für ihn zuständigen Landes-, Provinzial- oder Bezirksstelle einzureichen, und zwar unter Angabe von Menge, Art und Wert der Ware, Herkunftsland, Empfänger und Grenzübergangspunkt sowie der Art, in der die Bezahlung der Ware erfolgen soll. Den Anträgen sind in dreifacher Ausfertigung die gebührend auszufüllen, bei den Handelskammern erhaltene Bordzettel für Einfuhrbescheinigungen beizufügen. Die Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen werden im Rahmen der ihnen zugeordneten Richtlinien die Reichsstelle für Gemüse und Obst nach einem besonderen, vereinfachten Verfahren erteilen und die Einfuhrbescheinigung vermitteln. Der Reichsbandminister für Aus- und Einfuhrbewilligungen wird die Maßnahmen ergreifen, auf Grund oben erwähnter Einfuhrbescheinigung die Einfuhr von Frischgemüse und Frischobst ohne besondere Einfuhrbewilligung des Reichsbanddirektoriums auszulassen. Es wird schon jetzt bemerkt, daß das Reichsbanddirektorium nur in sehr beschränktem Umfange in der Lage sein wird, Devisen für den Einkauf zur Verfügung zu stellen. Der Handel wird daher darauf angewiesen sein, sich handelsübliche Kredite zu verschaffen, bevor er die Waren nur zu einem geringen Teile mit Devisen bezahlt werden. Im übrigen aber ein mindestens 6 Monate vom Tage der Einfuhr ab laufender Kredit in ausländischer Währung eingeräumt werden muß.

Letzte Meldungen.

Neues zum Waffenstillstands- und Friedensangebot.

Berlin, 26. März. (WB.) Verschiedene Pressedurcherungen der letzten Tage, die sich mit der Entstehung des deutschen Waffenstillstandsangebotes beschäftigten, nötigen nochmals zu folgender Feststellung:

Das Waffenstillstands- und Friedensangebot von Anfang Oktober ist, wie die jüngst veröffent-

lichten drei Telegramme des Generals Ludendorffs vom 1. Oktober beweisen, durch die Oberste Heeresleitung veranlaßt worden.

Prinz Max von Baden hat sich gegen die Zumutung, sofort bei seinem Antreten an die Feinde mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, heftig gestraut. Sein Widerstand ist aber durch die immer erneuten Hinweise der Obersten Heeresleitung auf eine drohende militärische Katastrophe gebrochen worden.

Es ist aber auch unrichtig, daß die Oberste Heeresleitung anfangs Oktober immer wieder betont hätte, die Westfront würde gegebenenfalls instand sein, dem Feinde weiterhin Widerstand zu leisten. In dem Telegramm des Generals Ludendorff vom 1. Oktober steht davon kein Wort, aber auch das Schreiben des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, auf dessen Bekanntgabe eine Pressenotiz der Telegraphenunion so großes Gewicht legt, enthält davon nichts. Wir veröffentlichen hiermit einen bisher unbekanntem Brief des Generalfeldmarschalls, der ein ungeschöntes Bild von der Lage gibt, die Prinz Max bei seinem Antreten vorfand.

Berlin, 3. Oktober 1918.

An den Reichstagskanzler!

Die Oberste Heeresleitung bleibt bei ihren am 19. 9. 1918 gestellten Forderungen der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an die Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westfront und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, befindet sich nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder vergebene Tag kostet tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

Auf Grund dieses sachverständigen Urteils mußte jede der Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse unseres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand von vornherein fest, daß nur das Wilsonsche Programm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden könnte. Von dieser Grundlage ist bisher weder die Regierung des Prinzen Max noch die Regierung — Revolution abgewichen.

Die alliierte Militärmission an den regierenden revolutionären Rat.

Budapest, 26. März. (WB.) Ungar. Korr.-Büro. Die der ungarischen Regierung zugeteilte Militärmission der Alliierten richtete an den regierenden revolutionären Rat folgendes Schreiben:

Der Präsident der Republik legt in einer an das ungarische Volk gerichteten Proklamation folgendes: Die Mission der Alliierten hat erklärt, daß sie die Demarkationslinie hinfort als politische Grenze betrachten würde. Ich muß formell erklären, daß dies eine Irrtumsaussage der ungarischen Presse ist. Als der Präsident der Republik die in dem Waffenstillstandsvertrage festgesetzten Grenzen zur Sprache brachte, erhielt er die Antwort, daß nicht mehr von der in dem erwähnten Vertrage festgesetzten Demarkationslinie die Rede sei, sondern von einer neuen, ungarischen Erklärung der Entente, welche den Zweck verfolgte, die ungarischen Truppen durch eine streng begrenzte neutrale Zone von den Rumänen zu trennen und auf diese Weise jede Möglichkeit eines Zusammenstoßes auszuschalten. Daß es sich hier um eine politische Grenze handeln würde, wurde gar nicht erwähnt.

Mit der Absicht der Gerechtigkeit und Friedfertigkeit erlaube ich namens des kommandierenden Generals der alliierten Truppen, dieser Mitteilung ohne Verzug größte Publizität zu verleihen.

Caissur Finanzpolitik.

Paris, 26. März. (Havas.) Caissur beendet am Dienstag die Darlegung der Finanzpolitik vor der Untersuchungskommission des Obersten Gerichtshofes. Nach seiner Aussage sind seine Finanzpolitik nur auf Treiben derjenigen, die jeder Erneuerung abgeneigt sind, heftigen Widerstand. Er habe die Absicht gehabt, das Finanzsystem Englands, das sich während des Krieges so überaus glücklich bewährt habe, einzuführen. Endlich erklärte Caissur Bericht über seine Haltung während des Krieges.

Streitprozeß gegen die Führer der schweizerischen Landesstreikbewegung.

Bern, 25. März. (WB.) Schweizerische Depeschentagentur. Der gegenwärtig in Bern geführte Strafprozeß gegen die Führer der Landesstreikbewegung verpagenen November erstreckt sich auch auf 9 Mitglieder des Nationalrates. Der Bundesrat beschloß der eben zusammengetretenen Nationalversammlung vorzuschlagen, daß die angeklagten Mitglieder von ihrer Immunität befreit werden, damit das Verfahren gegen sie nicht eingestellt werden müsse. Der Nationalrat billigte den Vorschlag des Bundesrates.

Belagerungszustand in Spanien.

Madrid, 25. März. (Havas.) Havas. Durch ein Dekret wird die konstitutionelle Garantie aufgehoben.

Oesterreichische Kreuzer in Venedig.

Venedig, 25. März. (Stefani.) Die großen Panzerkreuzer der österreichischen Flotte liefen heute in Venedig ein; sie wurden von der Menge freudig begrüßt.

Landung einer polnischen Division in Königsberg.

Bern, 25. März. (Havas.) Nach der Daily Mail wird eine Alliiertenmission in Danzig von polnischen Division des Generals Pater in Königsberg ins Auge gefaßt.

Geht wieder in Weimar.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Reichspräsident Ebert hat sich heute mit dem Parlamentszug nach Weimar begeben. In seiner Begleitung befindet sich der Chef des politischen Büros General Radolny.

Frankfurter Theater.

Gundob. (Erstaufführung.)

Man kann Peter Cornelius, den Dichterkomponisten, als feinsinnigen, hochstrebenden Künstler aufrichtig schätzen und lieben und doch zweifelhaft darüber sein, ob die nur im Skizzenstadium erhaltene Oper „Gundob“, der eigentlichen Begabung ihres Schöpfers entsprach. Der Erfolg, den das von Waldemar von Braunschweig ergänzte Werk bei der Frankfurter Erstaufführung fand, und die gebührende Hochachtung vor einer mit allen technischen Mitteln des modernen Orchesters ausgestatteten Instrumentierung mögen nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese, der nordischen Sage entnommen, mythologische Oper nur zu vereinzelten Stellen über ein vornehm altemisches Gepräge hinauskommt. Der Stoff verschiedener Heldensagen der älteren Edda, wie der Gott Odin

sich als Aeneas beim Riesen Suttung verdingt, wie er dort die Liebe der geraubten Hebe Tochter Gundob erringt und mit ihrer Hilfe den Weisheitskranz erwirbt, der aus dem Blute des gemordeten Quasir gesponnen war — dieser rein epische Stoff ist mühelos in eine dramatische Form gepreßt worden. Die ihm nicht recht anliegt. Von den drei auftretenden Personen wird fortwährend erzählt, gesprochen, gelunken, aber der Hörer vermag den geheimnisvollen Vorgängen, die sich in schließendem Tempo abspielen oder aus der Weisheitskranz erst ergeben, kein großes Interesse abzugewinnen, weil ihm das Verständnis für ihren Zusammenhang fehlt. (In Frankfurt gab man diese Schminkefeste erkennend, dem antiken Theaterstil eine Inhaltsangabe bei: ein Reizeffekt) Peter Cornelius acht, fern jeder klassischen Nachahmung, den Spuren Richard Wagners nach — in Dichtung wie Musik. Auch die Komposition ist ohne Härtere Originalität und mutet mit ihrer rhapsodischen Gleichförmigkeit und der stets nach dem Fortissimo strebenden Dynamik, bei einzelnen selbständigen Anfängen, als gutgemeinte, ehrliche Epochenarbeit an. Im dritten Akt, der zum größten Teil von Boufferns Name, steht die melodische Erfindung spärlicher, und der Weisheit der Gundob nach Wolfram muß neben Wagners Szenen und ihrer wuchtigen Größe verbleiben.

Der Bearbeiter hat zu seiner Aufgabe über den besten Willen und nachfühlenden Kunstverstand mitgebracht. Auch die Aufführung ward von ihm mühsamlich trefflich vorbereitet und mit aller Liebe geleitet. Das Ergebnis: Ein sehr freundlicher Erfolg, der Herrn v. Braunschweig und die mitwirkenden Künstler, an erster Stelle Frau Bauer-Kottler, um ein ausgezeichnete hochdramatische Sängerin, dann Fänger und G.L. mehrfach hervorhebt: ein Erfolg aber, der — wie wir fürchten — keine Dauer verpricht. G. Sch.

Handel und Industrie.

Verein Creditreform E. V. Mannheim.

Der Verein Creditreform E. V. Mannheim (zum Schutze gegen schädliches Kreditgeben) hatte am 12. März 1919 seine erste Generalversammlung nach Beendigung des Krieges, die sich eines guten Besuches erfreute. Der Geschäftsführer, Herr Hermann Sauer, verlas den Geschäftsbericht. Dank der gesunden Organisation wurden alle Schwierigkeiten, die sich im Ausnahmefalle durch den Krieg eingestellt hatten, überwunden und da der Verein Creditreform als kriegswichtig anerkannt war, konnte der Betrieb voll aufrecht erhalten werden. Der Geschäftsbetrieb wickelte sich daher stets glatt ab. Der Bezug von schriftlichen und mündlichen Auskünften sowie der Reisekosten für die mündliche kostenlose Auskunftserteilung in ganz Deutschland ging entsprechend der Ausschaltung des freien Handels etwas zurück. Das Mahnverfahren zum Einzug aller Forderungen kam mit gutem Erfolg zur Anwendung. Die Verbandszeitung „Creditreform“, die in den letzten Kriegsjahren infolge Papiermangels vierteljährlich erscheinen mußte, brachte Artikel über Rechts- und Wirtschaftspragen, die allseits großes Interesse fanden. Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Aussichten wird die Wiederbelebung des Geschäftslebens dem Verein Creditreform ganz besondere Aufgaben im Rahmen seiner hergebrachten Tätigkeit bringen. Die Notwendigkeit und Nützlichkeit wird gerade in den kommenden Zeiten besonders in die Augen springen. Zahlreiche Geschäfte müssen neu aufgebaut oder umorganisiert werden. Neugründungen werden erfolgen und sind bei dem enormen Mangel an Bauprodukten auf die Beanspruchung von Krediten angewiesen. Vielfach werden es auch zweifelhaft Elemente sein, deren Kreditwürdigkeit besonders nachdrücklich geprüft werden muß. Alle Geschäftsbeziehungen, die sich wieder neu beleben, müssen hinsichtlich des Umfangs der Kreditwürdigkeit nachkontrolliert werden, denn nicht selten haben die Kriegsjahre auf die Art des Geschäftsbetriebes oder auf die Person der Geschäftsführung schwer schädigend eingewirkt.

Es wurde noch beschlossen, daß der Verein zukünftig auch die gerichtlichen Betreibungen für seine Mitglieder energisch durchführt. Der wiedergewählte Vorstand setzt sich zusammen aus: Herrn K. Hellmann, i. Fa. Hellmann u. Heyd, Herrn Alfred Stoll, i. Fa. Ludwig u. Schüttel, und Herrn Rechtsanwält Dr. Jordan. Nach Beendigung des geschäftlichen Teils hielt Herr Dr. Jordan noch einen Vortrag über die neuen Kriegssteuern, wobei er in eingehender Weise die künftige Steuerbelastung darlegte. Dem Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion und Erörterung der damit zusammenhängenden Fragen an.

Mannheimer Effektenbörse.

Zur Notierung gelangten heute Umlätze in Pflz. Bank-, Rhein. Creditbank- und in Benz-Aktien. Uebrigens ohne besondere Veränderungen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 26. März. (Pr.-Tel.) Das Interesse der Börse war auch heute durch die Vorgänge in Ungarn in Anspruch genommen, das natürlich eine durchaus gerechtfertigte Zurückhaltung der Spekulation zur Folge hatte. Die Grundstimmung des Marktes muß aber immerhin ziemlich fest bezeichnet werden, wobei die Beratung von 6 deutschen Finanzsachverständigen nach Paris zum Zwecke der beginnenden Friedensverhandlungen einen freundlichen Einfluß ausübte. Am Rentenmarkt setzten Kriegsanleihen mit 84—83,90 ein. Ungarische und österreichische Renten lagen schwach bei größerer Zurückhaltung. Das Angebot in diesen Werten hat nachgelassen, doch bestand aus geringe Nachfrage. Pfundanleihen behaupteten ihren Kursstand. Am Markt der Transportwerte kamen Lombarden mit 20% besser, Schanung mit 127% unverändert. In Autowerten bestand etwas regerer Verkehr, ohne auf den Kurs besonders einzuwirken. Benz-Aktien wurden zu 204%, Daimler 214% bezahlt. Um Bruchteile eines Prozentes bewegten sich Montanaktien, Deutsch-Luxemburg 120%. In Elektrizitätswerten war einige Nachfrage für Deutsch-Überssee bei fester Tendenz zu erkennen. Chemische Werte hielten sich auf gestrigem Niveau. Im freien Verkehr standen Heildurgaktien zu 106%. Petroleumaktien abschwächte. Am Markt der Schiffahrtswerte blieb das Geschäft still bei geringen Kursveränderungen. Der weitere Verlauf brachte keine wesentlichen neuen Momente. Bankaktien konnten sich teilweise befestigen. Die Haltung der zu Einheitskursen gehandelten Papiere war als behauptet zu bezeichnen. Auf die gestrige Steigerung der Luxemburger Internationalen Bank folgte ein starker Rückgang. 205—5 1/2%. Die Tendenz am Schlusse der Börse blieb gut behauptet. Privatkont 3 1/2% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 26. März. (Deutscher Markt.)

Table with columns: Auszahlungen für, 25, 26. Sub-columns: Geld, Brief, Geld, Brief. Rows: Konstantinopel, Holland 100 Gulden, Dänemark 100 Kronen, Schweden 100 Kronen, Norwegen 100 Kronen, Schweiz 100 Franken, Oest.-Ungar 100 Kronen, Spanien, Bulgarien 100 Lewa, Heilingsfors.

Berlin, 26. März. (WB.) Gegenüber der matten Haltung der letzten Tage war die Stimmung an der heutigen Börse wesentlich beruhigter, so daß Lothringer Hütte und Gebr. Böhrer um 2% und Hirsch-Kupfer um 4% stiegen. Auch die von Wien abhängigen Papiere, die Orientbahn und Lombarden mit Ausnahme von türkischen Tabak notierten höher. Als später hierüber eine Geschäftsstille Platz griff, konnte die Steigerung nicht überall behauptet werden, doch blieb die Tendenz widerstandsfähig. Hirsch-Kupfer stieg weiter um 3%. In Oest.-ungarischen Renten ließ der Verkaufsdrang nach und die Stimmung war hierin beruhigter. Die Kurse waren wenig verändert. Pfundanleihen waren befestigt. Heilmische Anleihen waren fest, unter Bevorzugung der 3 1/2% Kriegsanleihe, die 83,70 notierten.



Aus Stadt und Land.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Die Bezirksgruppe Mannheim zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat als Ausdruck der Stimmung...

Eine gestern im Kolongarten stattgefundene Versammlung von 4000 Badern, hinter denen das ganze badische Volk steht...

Des weiteren wurde an die folgenden Mitglieder der Nationalversammlung...

Zahlreiche Angehörige von Kriegs- und Zivilgefangenen in Mannheim erheben erneuten Einspruch gegen die Zurückhaltung...

In den Ruhestand versetzt wurde Oberbauführer Friedrich Wilhelm Meyer in Heidelberg.

Die Abdruckrechte bayerischen Marken werden jetzt an die Postanstalten hinausgegeben. Sie dürfen, solange noch Marken...

Die Viehbesorgung der Stadt Mannheim hat, wie dem Bericht über die am Montag im Rathaus stattgefundene Informationsbesprechung...

Verein deutscher Oelfabriken

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zur 33. ordentlichen Generalversammlung eingeladen...

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäftsbericht und Rechnungsablegung für das halbe Geschäftsjahr 1. Juli bis 31. Dezember 1918. 2. Feststellung der Jahresdividende...

Nach § 26 der Statuten hat jeder Aktionär, welcher an der Generalversammlung persönlich oder durch einen Stellvertreter teilnehmen will...

Als solche Anmeldestellen sind für die Generalversammlung bestimmt: die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G., Mannheim...

Stellvertretung durch andere stimmberechtigte Aktionäre ist gestattet, jedoch nur auf Vorlage schriftlicher Vollmacht.

Mannheim, den 24. März 1919. Die Direktion.

Ponywagen und Geschirre. Freiburger Karosserie- und Wagenfabrik. Rennweg 17. Telefon 475.

Uhren-Werkstätte. Uhren-Reparaturen. jeder Art in Taschen-, Wand-, Wecker- Uhren. H. Sosnowski. Reelle Bedienung.

und daß die schlechteren Stücke der Stadt Mannheim verbleiben. Die Regierung hat sich zwar bisher unangenehm genant...

Vollstädtische Gesellschaft Mannheim. Der für heute Abend angelegte Vortrag von Geheimrat Prof. Dr. Duden...

Deutschnationale Volkspartei - Ortsverein Mannheim. Dieser Tage veranstaltete die Deutschnationale Volkspartei im großen Saal der „Harmonie“ einen sehr gut besuchten Vortragabend...

Die Hauptrede des Abends hielt Herr Landgerichtsrat Dr. Hauptmann über das Thema „Von Weltkrieg zu Zukunftskrieg“.

Die geplante Einführung der sog. Betriebsräte, die nur zu einseitigen politischen, nicht wirtschaftlichen Zwecken gebildet wären...

Pferdefleisch und Dauerwurst. Da bekannt geworden ist, daß die Pferdemeister einen großen Teil des aus den Pferdefleischungen gewonnenen Fleisches nicht als Fleischfleisch verkaufen...

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert morgen Donnerstag Herr August Hecker mit seiner Ehefrau Rosalinde geb. Rindfleisch...

Vergnügungen.

„Pfälzer Abend“ im Kolongarten. Der „Pfälzer Abend“, der am vergangenen Sonntag im Kolongarten stattfand, wird auf vielseitigen Wunsch...

Frau De Sant auch Fr. Hef. Gerlach vom Nationaltheater auftritt.

Kaffee-Continental. Das gestern abend stattgefundene 1. Sonderkonzert erfreute sich eines regen Zuhörers.

Aus Ludwigsbafen.

In der gestrigen Stadtratssitzung fand u. a. die Neuordnung des gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungswesens auf der Tagesordnung.

Aus dem Lande.

Boden-Boden, 25. März. Einem Diebstahl im Neuen Schloß, verübt in der Nacht von Samstag auf Sonntag im 1. Stock des Gebäudes...

Morschheim, 21. März. Herr Apotheker Barthold Gutter, eine in ganz Pforzheim bekannte und allgemein hochgeschätzte Persönlichkeit...

Statt jeder besonderen Anzeige. Heute nacht verschied nach längerem Leiden im 80. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute, treubesorgte Mutter und Großmutter Frau Emilie Selb geb. Henking. MANNHEIM (L 5, 5), den 26. März 1919.

Deffentliche Versteigerung. 1 Waggon 200 Ztr. Zwiebeln gegen Barzahlung veräußern. Mannheim, den 26. März 1919. Brandt, Gerichtsvollzieher.

Detektiv-Institut. Assistent W. F. Kröger, Mannheim L. 8, 14. gegn. 1903 Fernruf 5172.

Heirats-Auskünfte. Beobachtungen, Ermittlungen in Ehescheidungs-, Alimentations- und Erbschaftsachen. L 3a.

Panamahüte werden gewaschen. Damenhüte nach neuesten Formen umgeändert. T 4a. H. Stöckler. Würdstrasse 6, parterre.

8 Monat alter Knabe wird in gute Pflege gegeben. Schwelingerstr. 169, 4. St. Kleiner Bramer übernimmt das Bewachen von Wohnung od. Villa geg. freie Wohng. Gell. Ring, unt. F. Z. 25 an die Geschäftsst. B. 1782a.

Nähmaschinen aller Systeme repariert unter Garantie. 217a. Russische-Polnische Uebersetzungen technische und andere werden schnell und sorgfältig ausgeführt.

Kräfftige Birkenbesen hand- u. maschinell. G. Döhrer, Slogen L. 10. Weißkohl (1 Bund Trachtenbl. entp. 14-16 Pfd. Frischkohlg.) 10 Bund Vollkohl 10 Pfd. 10 Pfd. paraff. Bohnen mit netz 100 Pfd. pro Pfd. 1.88 ab Fabrik unter Nachnahme liefert.

Küchen werden täglich getüncht sowie Tapezierarbeiten ausgeführt. G. Jost, G 4, 4. Zeugnisse. Vervielfältigungen ertgt prompt und tadello. Hebelstraße 10, Tel. 4053.

Gegen Einbruch! Selbsttätiger Verschluss für Rollläden, absolut zuverlässig und unverwundlich. Rollläden- u. Jalousien-Fabrik Störion & Hornmann. Augartenstr. 33. 781a. Tel. 2002 u. 2773.

Miet-Gesuche. Moderne 5-Zimmer-Wohnung auf sofort oder später für die Dauer zu mieten gesucht. Ring oder sonstige freie Lage bevorzugt. Angebote unter M. G. 57 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. 2106a.

Grosse Lagerräume mit Einfahrt zu mieten gesucht. R113. Angebote unter G. N. 165 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Einfach möbliertes Zimmer. Besseres Fräulein sucht möbliert. Zimmer im Zentrum der Stadt. Gell. Ringstr. u. N. W. 23 an die Geschäftsstelle. 2324a. Zuführen unt. N. W. 32 an die Geschäftsstelle. Selbständiger Geschäftsmann mit 1 Kind, 20 Jahre sucht wegen Hausverkauf 2-3 Zimmerwohnung in ruhiger Gasse sofort od. auf 1. Mai am liebsten part. Preisverhandl. Angeb. unt. H. P. 95 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 1922a.

Lagerraum oder Werkstätte zu mieten gesucht. Reduziert, halbtags bevorzugt. Aufschreiben unter N. N. 14 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 2280a. schöne helle Werkstatte circa 80 qm mit Gasstrom-Einrichtung gesucht. 2290a. Aufschreiben unter N. X. 24 an die Geschäftsstelle ds. Bl.



